

Pressedienst

Demo statt Unterricht: VBE fordert klare Linie zu Fehlzeiten von Schülern



(18.09.2019) Wegen der für Freitag angekündigten Demonstrationen zum Klimaschutz ist damit zu rechnen, dass zahlreiche Schülerinnen und Schüler erneut dem Unterricht fernbleiben werden. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Hessen fordert daher das Kultusministerium auf, den Schulen eindeutige Vorgaben zum Umgang mit Fehlzeiten und Entschuldigungen von demonstrierenden Schülerinnen und Schülern an die Hand zu geben.

Bislang überlässt das Hessische Kultusministerium dies den Schulen. „Wenn Minister Lorz das Engagement der Jugendlichen lobt, aber gleichzeitig mahnt, die Schule nicht zu vernachlässigen, hilft das den Lehrkräften nicht weiter“, macht Stefan Wesselmann, der Landesvorsitzende des VBE Hessen, deutlich.

Hessisches Schulgesetz gibt Rahmen vor

Wesselmann weist darauf hin, dass Schulleiter/innen dem Gesetz verpflichtet sind und Verletzungen der Schulpflicht wie unentschuldigtes Fehlen erfassen müssen. Wiederholtes unentschuldigtes Fehlen ist eine Ordnungswidrigkeit, die anzuzeigen ist und mit einem Bußgeld belegt werden kann. Dazu kommt, dass demonstrierende Schüler/innen nicht nur Unterricht verpassen, sondern womöglich auch Klassenarbeiten. Fehlen sie dann unentschuldig, muss die Lehrkraft die Arbeit mit der Note 6 bewerten.

Schulen als Sündenbock und Klimaschutz-Gegner

Die Frage, ob diese Maßnahmen bei demonstrierenden Schülern angemessen sind, muss die Politik aus Sicht des VBE Hessen dringend klären. „Denn aktuell werden die Schulen zum Sündenbock gemacht und Lehrkräfte stehen als Klimaschutz-Gegner ohne Verständnis für die Anliegen der jungen Generation da, während Politiker unterschiedlichster Parteien sich mit den Jugendlichen fotografieren lassen und Sympathie-Punkte sammeln“, kritisiert Wesselmann.

Es sei im Interesse von Lehrkräften und Schülern, dass die Schulen eine Grundlage für ein einheitliches Vorgehen bekommen. Dies gelte umso mehr, als die Fridays for Future-Demonstrationen offensichtlich keine vorübergehende Erscheinung sind, sondern viele Schüler/innen für längere Zeit mobilisiert sind.